

## Bekanntmachung

über untaugliches Schuhwerk. Vom 21. Juni 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Ledernes Straßenschuhwerk, dessen Absatz oder Laussole ganz oder teilweise oder dessen Brandsohle oder Hinterkappe ganz oder zum größeren Teil aus Pappe oder aus einem anderen Stoffe besteht, der nicht geeignet ist, Leder zu ersetzen, darf gewerbmäßig nicht hergestellt, feilgehalten, verkauft oder sonst in den Verkehr gebracht werden. Das gleiche gilt für ledernes Straßenschuhwerk, dessen Absatz im oberen (Vau-) Teil aus einem anderen Stoffen als Leder besteht.

Besitzt die Laussole ganz oder teilweise aus einem Stoffe, der geeignet ist, Leder zu ersetzen, so muß sie mit einer entsprechenden Bezeichnung versehen sein.

Abzüge mit Gummibefschlag und Sohlen aus Gummi, Balata oder Holz werden durch die Vorschriften des Abs. 1 Satz 2 und des Abs. 2 nicht betroffen.

§ 2. Der Reichsanwalt erläßt die Bestimmungen zur Ausführung dieser Verordnung; er bezeichnet insbesondere die Stoffe, die geeignet sind, Leder zu ersetzen.

§ 3. Die Beamten der Polizei und die von ihr beauftragten Sachverständigen sind befugt, in die Betriebsräume, wo Schuhwerk hergestellt, gelagert, verpackt, aufbewahrt oder feilgehalten wird, jederzeit einzutreten, daselbst Verordnungen vorzunehmen, Geschäftsaufzeichnungen einzusehen und nach ihrer Auswahl Proben zur Untersuchung gegen Empfangsbekundung zu entnehmen.

Die Unternehmer der im Abs. 1 bezeichneten Betriebe sowie die von ihnen bestellten Betriebsleiter und Aufsichtspersonen sind verpflichtet, den Beamten der Polizei und den Sachverständigen Auskunft über das Verfahren bei Herstellung der Erzeugnisse und über die zur Verarbeitung gelangenden Stoffe, insbesondere über deren Menge und Herkunft zu erteilen.

§ 4. Die Sachverständigen sind, vorbehaltlich der dienstlichen Berichtstattung und der Anzeige von Geschwädigkeiten, verpflichtet, über die Einrichtungen und Geschäftsverhältnisse, die durch die Aufsicht zu ihrer Erkenntnis kommen, Verschwiegenheit zu beobachten und sich der Mitteilung und Verwertung der Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse zu enthalten. Sie sind hierauf zu vereidigen.

§ 5. Die Unternehmer haben einen Abdruck dieser Verordnung und der nach § 2 erlassenen Bestimmungen in ihren Betriebsräumen auszuhängen.

§ 6. Wer ledernes Straßenschuhwerk zum Weiterverkauf an einen anderen abgegeben hat, ist verpflichtet, diesem auf Verlangen Auskunft über die für den Absatz, die Laussole, die Brandsohle und die Hinterkappe verwendeten Stoffe zu erteilen.

§ 7. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten und mit Geldstrafe bis zu hundert Mark oder mit einer dieser Strafen wird bestraft:

1. wer den Vorschriften des § 1 Abs. 1 oder den nach § 2 erlassenen Bestimmungen zuwider Schuhwerk herstellt, feilhält, verkauft, oder sonst in den Verkehr bringt;
2. wer Schuhwerk ohne die im § 1 Abs. 2 oder im § 9 Abs. 2 vorgeschriebene Bezeichnung oder mit einer unrichtigen Bezeichnung solcher Art gewerbmäßig feilhält, verkauft oder sonst in den Verkehr bringt;
3. wer vorsätzlich die ihm nach § 3 Abs. 2 oder § 6 obliegende Auskunft nicht erteilt oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht;
4. wer den im § 5 vorgeschriebenen Aushang unterläßt oder den darüber nach § 2 erlassenen Bestimmungen zuwiderhandelt;
5. wer den Vorschriften des § 4 zuwider Verschwiegenheit nicht beobachtet oder der Mitteilung oder Verwertung von Geschäfts- oder Betriebsgeheimnissen sich nicht enthält.

Im Falle der Nr. 5 tritt die Verfolgung nur auf Antrag des Unternehmers ein.

In den Fällen der Nr. 1, 2 kann neben der Strafe auf Einziehung der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Verurteilten gehören oder nicht. Ist die Verfolgung oder die Verurteilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so kann auf die Einziehung selbständig erkannt werden.

Wird in den Fällen der Nr. 1, 2 auf Strafe erkannt, so kann angeordnet werden, daß die Verurteilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntgemacht wird. Die Art der Bekanntmachung ist im Urteil zu bestimmen.

§ 8. Die zuständige Behörde kann Betriebe schließen, deren Unternehmer oder Leiter sich in Befolgung der Pflichten unzu-

verlässig zeigen, die ihnen durch diese Verordnung oder die nach § 2 erlassenen Bestimmungen auferlegt sind.

Gegen die Verfügung in Beschwerde zulässig. Ueber die Beschwerde entscheidet die höhere Verwaltungsbehörde endgültig. Die Beschwerde bewirkt keinen Aufschub.

Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als zuständige Behörde und als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne dieser Vorschriften anzusehen ist.

§ 9. Diese Verordnung tritt mit dem 10. Juli 1916 in Kraft. Schuhwerk, das nachweislich vor dem 10. Juli 1916 hergestellt ist und den Vorschriften des § 1 Abs. 1 nicht entspricht, darf jedoch an Händler bis zum 31. Oktober 1916, an Verbraucher bis zum 31. März 1917 abgegeben werden; wird es nach dem 10. August 1916 feilgehalten oder verkauft, so muß es mit einer entsprechenden Bezeichnung der verwendeten Stoffe versehen sein.

Der Reichsanwalt bestimmt den Zeitpunkt, mit dem die Verordnung außer Kraft tritt.

Berlin, den 21. Juni 1916.

Der Stellvertreter des Reichsanwalts.

Dr. Helfferich.

## Ausführungsbestimmungen

zu der Verordnung über untaugliches Schuhwerk.

Vom 22. Juni 1916.

Auf Grund des § 2 der Verordnung des Bundesrats über untaugliches Schuhwerk vom 21. Juni 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 541) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Die Vorschriften der Verordnung sind auf Schuhwerk anzuwenden, das zum Gebrauch auf der Straße, beim Wandern, auf der Jagd und dergleichen bestimmt ist und das in der Hauptsache aus Leder zu bestehen pflegt, ohne Unterschied, ob es für Männer, Frauen oder Kinder bestimmt ist. Dazu gehören auch Lederstühle mit Stoffeinsätzen sowie Lederschuhe, Lederstiefel und Lederschuhe.

Zeug- und Leinwandstühle, Strand-, Tennis-, Turn-, Reiterstühle und dergleichen fallen nicht unter die Vorschriften der Verordnung, auch nicht gewandenes Schuhwerk, Tanz- oder Hausstühle, Pantoffeln und dergleichen.

§ 2. Doppelsohlen sind als Laussohlen im Sinne des § 1 Abs. 1 der Verordnung anzusehen.

Die Vorschriften des § 1 Abs. 1 der Verordnung gelten auch für Abzüge, die mit Metallbefschlag versehen sind.

Die Stärke (Höhe), in welcher der Absatz aus Leder bestehen muß, wird auf 1 Zentimeter von der Lausfläche an festgesetzt.

§ 3. Das Verbot des § 1 Abs. 1 der Verordnung gilt für Pappe jeder Art, auch für gehärtete, gepreßte, gewalzte oder in anderer Weise bearbeitete Pappe und ohne Rücksicht auf die Benennung oder auf die bei der Herstellung verwendeten Zusatzstoffe.

§ 4. Die nachstehend bezeichneten Stoffe sind insoweit, als bei jedem angegeben ist, geeignet, Leder zu ersetzen, und zwar in dem Absatz, abgesehen von dem oberen Teile:

Holz und die unter den Bezeichnungen Melbo und Sibite bekannten Kunstherzeugnisse,

in der Hinterkappe:

das unter der Bezeichnung Granitol bekannte Kunstherzeugnis.

Die Brandsohle kann durch Ueberziehen mit Webstoff verstärkt werden.

§ 5. Die im § 1 Abs. 2 der Verordnung vorgeschriebene Bezeichnung ist vom Hersteller anzubringen. Sie besteht in den Worten „Laussole nicht aus Leder“.

Die im § 9 Abs. 2 der Verordnung vorgeschriebene Bezeichnung ist von demjenigen (Hersteller oder Händler) anzubringen, in dessen Besitze sich die Ware befindet. Sie muß die für die einzelnen Schuhstücke verwendeten Stoffe angeben, z. B. „Brandsohle aus Lyoleum“, „Hinterkappe aus Pappe“.

Die Bezeichnung muß in deutscher Sprache abgefaßt, deutlich, dauerhaft und leicht lesbar sein. Sie ist auf einem aus festem Stoffe (Pappe oder dergleichen) bestehenden Zettel von der Form eines rechtswinkligen Dreiecks mit abgerundeten Ecken, je 5 Zentimeter langen Seiten anzubringen. Der bedruckte Zettel ist an jedem Schuh oder Stiefel dauerhaft zu befestigen.

Das Feilhalten und Verkaufen von Schuhwerk ohne die erforderlichen Zettel ist unzulässig.

§ 6. Der nach § 5 der Verordnung anzuhängende Abdruck ist in großer, deutlicher Schrift herzustellen. Der Aushang muß in die Augen fallen und so angebracht sein, daß er von jedermann leicht gelesen werden kann.

§ 7. Mit dem Inkrafttreten der Verordnung unterliegt auch Schuhwerk, das in der Herstellung begriffen ist, dem Verbote des § 1 Abs. 1; die Fertigstellung angefangener Gegenstände, ohne Rücksicht auf die Vorschriften des § 1 Abs. 1 der Verordnung, ist nur noch bis zum 8. Juli 1916 zulässig. Abdam noch unfertige



Schuhe und Stiefel sind nicht als vorher hergestellt im Sinne des § 9 Abs. 2 Halbsatz 1 anzusehen und sind, wenn sie den Anforderungen des § 1 Abs. 1 der Verordnung nicht entsprechen, vom Verkehr ausgeschlossen.

Berlin, den 22. Juni 1916.  
Der Stellvertreter des Reichskanzlers,  
Dr. Helfferich

Zu Nr. M. d. J. III. 10 681.

**Bekanntmachung.**

Auf Grund von § 8 Abs. 3 der Verordnung des Bundesrats vom 21. Juni 1916 über untaugliches Schuhwerk wird als zuständige Behörde im Sinne von § 8 Abs. 1 der Kreisaußscheidung und als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne von § 8 Abs. 2 der Provinzialaußscheidung bestimmt.

Darmstadt, den 26. Juni 1916.  
Großherzogliches Ministerium des Innern.  
v. Homberg. Krämer.

**Bekanntmachung**

über Druckpapier. Vom 20. Juni 1916.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats über Druckpapier vom 18. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 306) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Verleger und Drucker von Zeitungen, die auf maschinenglattem, holzhaltigen Druckpapier gedruckt werden, sowie alle sonstigen Personen, die unbedrucktes Papier der genannten Art beziehen, dürfen in der Zeit vom 1. Juli 1916 bis zum 31. August 1916 solches Papier nur in den Mengen beziehen, die für sie von der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe in Berlin festgesetzt werden. Dies gilt auch, soweit es sich um die Erfüllung bereits abgeschlossener Lieferungsverträge handelt. Die Festsetzung geschieht nach folgenden Grundsätzen:

1. Zeitungen, die im Jahre 1915 eine Fläche von 1. bis 200 Quadratmeter eingenommen hatten, erfahren eine Einschränkung von 5 vom Hundert
2. von 201 bis 250 Quadratmeter eingenommen hatten, erfahren eine Einschränkung von 5,5 vom Hundert
3. von 251 bis 300 Quadratmeter eingenommen hatten, erfahren eine Einschränkung von 6 vom Hundert
4. von 301 bis 350 Quadratmeter eingenommen hatten, erfahren eine Einschränkung von 6,5 vom Hundert
5. von 351 bis 400 Quadratmeter eingenommen hatten, erfahren eine Einschränkung von 7 vom Hundert
6. von 401 bis 500 Quadratmeter eingenommen hatten, erfahren eine Einschränkung von 8 vom Hundert
7. von 501 bis 600 Quadratmeter eingenommen hatten, erfahren eine Einschränkung von 9 vom Hundert
8. von 601 bis 700 Quadratmeter eingenommen hatten, erfahren eine Einschränkung von 10 vom Hundert
9. von 701 bis 800 Quadratmeter eingenommen hatten, erfahren eine Einschränkung von 11 vom Hundert
10. von 801 bis 950 Quadratmeter eingenommen hatten, erfahren eine Einschränkung von 12 vom Hundert
11. von 951 bis 1100 Quadratmeter eingenommen hatten, erfahren eine Einschränkung von 13 vom Hundert
12. von 1101 bis 1250 Quadratmeter eingenommen hatten, erfahren eine Einschränkung von 14 vom Hundert
13. von 1251 bis 1400 Quadratmeter eingenommen hatten, erfahren eine Einschränkung von 15 vom Hundert
14. von 1401 bis 1600 Quadratmeter eingenommen hatten, erfahren eine Einschränkung von 16 vom Hundert
15. über 1600 Quadratmeter eingenommen hatten, erfahren eine Einschränkung von 17 vom Hundert

Die Quadratmeterfläche wird errechnet durch Feststellung der Papierseitengröße und der Gesamtzahl der Seiten (Umfang), die die Zeitung im Jahre 1915 gehabt hat.

Zeitungen, deren Quadratmeterfläche sich im Jahre 1915 gegenüber dem Jahre 1913 verringert hat, erhalten, wenn die Vermehrung

1. bis zu 50 Quadratmeter beträgt, 4 vom Hundert
2. von 51 bis 75 Quadratmeter beträgt, 6 vom Hundert
3. von 76 bis 100 Quadratmeter beträgt, 8 vom Hundert
4. von 101 bis 125 Quadratmeter beträgt, 10 vom Hundert
5. über 125 Quadratmeter beträgt, 12, vom Hundert

2. Alle übrigen Verleger von unbedrucktem, maschinenglattem, holzhaltigen Druckpapier dürfen in der Zeit vom 1. Juli 1916

bis zum 31. August 1916 nur 85 vom Hundert derjenigen Menge von solchem Papier beziehen, die sie im Jahre 1915, berechnet auf einen Zeitraum von zwei Monaten, bezogen haben.

3. Bei Festsetzung der Menge, die nach Ziffer 1 und 2 bezogen werden darf, werden Bestände an unbedrucktem, maschinenglattem, holzhaltigen Druckpapier, nach Abzug einer dem Verbrauche des vorangegangenen Monats entsprechenden Menge, die als Reserve anzusehen ist, angerechnet.

§ 2. Der Bestimmung des § 1 unterliegen nicht die Verleger solcher auf maschinenglattem, holzhaltigen Druckpapier gedruckten Zeitungen, deren Ausgaben in einer Woche nicht mehr als 7 Bogen zu je 4 Seiten umfassen und die nicht öfter als einmal täglich erscheinen.

Die Verleger dieser Zeitungen haben der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe auf ihre Kosten ein Pflichtexemplar jeder Ausgabe durch die Post regelmäßig zu überweisen.

§ 3. Für die Bestellungen (Abrufe) und Lieferungen an unbedrucktem, maschinenglattem, holzhaltigen Druckpapier gelten die Vorschriften der §§ 11 und 12 der Bekanntmachung über Druckpapier vom 19. April 1916 (Zentralblatt für das Deutsche Reich S. 84).

Bei der Einreichung der Bestellungen (Abrufe) an die Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe ist der Zweck anzugeben, zu dem das Druckpapier Verwendung finden soll.

Ein Anspruch auf die Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe auf Lieferung besteht nicht.

§ 4. Alle Verleger von unbedrucktem, maschinenglattem, holzhaltigen Druckpapier haben der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe bis zum fünften Tage eines jeden Monats anzuzeigen, welche Mengen (in Kilogramm) sie im vergangener Monat veräußert oder verbraucht haben.

§ 5. Geht eine auf maschinenglattem, holzhaltigen Druckpapier gedruckte Zeitung, Zeitschrift oder sonstige periodisch erscheinende Druckschrift ein, so hat der bisherige Verleger dies der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe unverzüglich anzuzeigen. Die Anzeige muß ergeben, an welchem Tage die Druckschrift ihr Erscheinen eingestellt hat und welche Mengen an unbedrucktem, maschinenglattem, holzhaltigen Druckpapier, die zur Herstellung der eingegangenen Druckschrift dienen sollten, an diesem Tage bei dem Verleger oder bei dem Drucker oder an anderer Stelle vorhanden waren.

§ 6. Unbedrucktes, maschinenglattes, holzhaltiges Druckpapier darf ohne Genehmigung der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe nicht verkauft oder sonstige weitergegeben, auch nicht zu einem anderen als dem in der Bestellung (Abruf) angegebenen Zwecke verwendet werden. Zum Weiterverkauf einzelner Rollenreste im Gewicht bis zu 10 Kilogramm für jeden Rollenrest bedarf es der Zustimmung der Kriegswirtschaftsstelle.

§ 7. Von jeder Aenderung in der Erscheinungsweise von Zeitungen, Zeitschriften oder sonstigen periodisch erscheinenden Druckschriften, die auf maschinenglattem, holzhaltigen Druckpapier gedruckt werden, ist der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe unverzüglich Anzeige zu erstatten.

§ 8. Die Lieferung von Frei- und Werberexemplaren von solchen Zeitungen, Zeitschriften und sonstigen periodisch erscheinenden Druckschriften, die ganz oder teilweise auf maschinenglattem, holzhaltigen Druckpapier hergestellt sind, ist verboten, gleichgültig, ob die Lieferung auf längere oder kürzere Zeit, ob sie durch Verleger oder durch Mittelspersonen erfolgt. Die Lieferung von Blätterexemplaren an Behörden wird von dieser Bestimmung nicht berührt, ebenso ist die Abgabe von Freierexemplaren an Mitarbeiter, Lazarett- und Soldatenheime, jedoch nicht mehr als ein Exemplar, und die Abgabe von Belegexemplaren an Insurgenten gestattet.

§ 9. Wer unbedrucktes, maschinenglattes, holzhaltiges Druckpapier im Besitze hat, hat es der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe auf deren Verlangen käuflich zu überlassen. Dies gilt nicht für Mengen, die nach § 1 Ziffer 3 als Reserve des Besitzers anzusehen sind.

Erfolgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so wird das Eigentum auf Antrag der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe durch die zuständigen Behörden auf die Kriegswirtschaftsstelle übertragen. Welche Behörden zuständig sind, bestimmt die oberste Landeszentralbehörde. Die Anordnung ist an den Besitzer des Druckpapiers zu richten. Das Eigentum geht über, sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht.

Dem Besitzer ist für die überlassenen Mengen ein angemessener Uebernahmepreis zu zahlen. Kommt zwischen der Kriegswirtschaftsstelle und dem Besitzer eine Einigung über den Preis nicht zustande, so wird er von der höheren Verwaltungsbehörde des Ortes, an dem der Besitzer seinen Wohnsitz hat, endgültig festgelegt. Diese entscheidet ferner endgültig über alle Streitigkeiten, die sich zwischen den Beteiligten aus der Aufforderung zur Ueberlassung und aus der Ueberlassung ergeben.

§ 10. Der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe sind auf Verlangen alle Auskünfte, die sich auf die Durchführung der vorstehenden Bestimmungen beziehen, unverzüglich zu erteilen. Ihr oder ihren Beauftragten ist jederzeit Zutritt zu den Betriebs- und Lagerräumen aller Verleger von unbedrucktem, maschinenglattem, holzhaltigen Druckpapier zu gewähren.

der von ihnen für den Druck der Zeitung im Jahre 1915 benötigten Menge von maschinenglattem, holzhaltigen Druckpapier, errechnet für einen Zeitraum von zwei Monaten.

über diejenige Menge hinaus, zu deren Bezug sie gemäß Ziffer 1 berechtigt sind.

unter derjenigen Menge, zu deren Bezug sie gemäß Ziffer 1 berechtigt sind



§ 11. Den Bestimmungen dieser Bekanntmachung unterliegen nicht die Behörden des Reichs, der Bundesstaaten und Elbst-Verordnungen.

§ 12. Die Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe kann Ausnahmen von den in den §§ 1 bis 9 gegebenen Bestimmungen zulassen. Gegen die Verlegung der Ausnahmen ist binnen zwei Wochen nach dem Zugehen des die Entscheidung der Kriegswirtschaftsstelle enthaltenden Schreibens das Rechtsmittel des Einspruchs zulässig, der an das Reichsamt des Innern in Berlin zu richten ist. Ueber diese Einsprüche entscheidet ein Ausschuss, dessen Mitglieder dem Beirat der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe (Bekanntmachung vom 3. Juni 1916, Reichs-Gesetzbl. S. 436) angehören. Die Mitglieder des Ausschusses werden vom Reichskanzler ernannt.

§ 13. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehntausend Mark wird bestraft:

1. wer den Vorschriften des § 1 zuwider Druckpapier in größeren Mengen bezieht, als für ihn von der Kriegswirtschaftsstelle für das Deutsche Zeitungsgewerbe festgelegt werden;
2. wer die ihm nach den §§ 4, 5, 7 oder 10 Satz 1 obliegenden Anzeigen oder Mitteilungen nicht erstattet oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht;
3. wer den Vorschriften der §§ 6, 8 oder 10 Satz 2 zuwiderhandelt.

§ 14. Die Bestimmungen der §§ 1 und 2 treten mit dem 1. Juli 1916, die übrigen mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 20. Juni 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

### Bekanntmachung

über Ausdehnung der Verordnung, betreffend die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger, vom 28. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 67) und der dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 31. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 71).

Vom 17. Juni 1916.

Auf Grund des § 4 der Verordnung, betreffend die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger, vom 28. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 67) bestimme ich:

Die Bestimmungen der Verordnung, betreffend die Einfuhr von Futtermitteln, Hilfsstoffen und Kunstdünger, vom 28. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 67) und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 31. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 71) werden ausgedehnt auf:

Stroh von Roggen, Weizen, Dinkel, Hafer und Gerste, Heu und Särfel.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage der Verkündung, die Ausdehnung der Strafbestimmungen mit dem 20. Juni 1916 in Kraft.

Berlin, den 17. Juni 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

### Verordnung

über die Vereitung von Backware. Vom 20. Juni 1916.

Auf Grund des § 3 der Verordnung des Bundesrats über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 401) wird folgendes bestimmt:

§ 1. Zur Vereitung von Roggenbrot kann an Stelle von Kartoffeln auch Weizenklein in derselben Menge wie Kartoffelschalen verwendet werden (§ 5 Abs. 2, 5 der Bekanntmachung über die Vereitung von Backware in der Fassung vom 26. Mai 1916 — Reichs-Gesetzbl. S. 413 —).

§ 2. Diese Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außertretens.

Berlin, den 20. Juni 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

### Bekanntmachung

über Preisbeschränkungen bei Verläufen von Seilerwaren.

Vom 21. Juni 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Massnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Vorschriften der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verläufen von Lein- und Strickwaren vom 30. März 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 214) finden auf Seilerwaren, gleichgültig aus welchen Spinnstoffen sie hergestellt sind, sowie auf die aus ihnen gefertigten Erzeugnisse Anwendung.

§ 2. Die Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außertretens der Verordnung.

Berlin, den 21. Juni 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

### Bekanntmachung

über das Verbot des Vorverkaufs der Ernte des Jahres 1916.

Vom 21. Juni 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Massnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Kaufverträge über Brotgetreide (Roggen, Weizen, Triticale, Gerste, Hafer, Einkorn, einkeimigkeimig Grünkorn), Hafer und Gerste, allein oder mit anderem Getreide gemengt, Mischfrucht, worin sich Hafer befindet, über Buchweizen, Hirse, Hülsenfrüchte und Getreide (Korn, Rüben, Hedert, Dotter, Sonnenblumen, Leinsamen und Mohn), ferner über Futtermittel, die der Verordnung über den Verkehr mit Kraftfuttermitteln vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 399) unterliegen, aus der inländischen Ernte des Jahres 1916 sind nichtig. Dies gilt auch für Verträge, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung geschlossen sind.

Von dem Verbote sind ausgenommen Verkäufe:

1. von Saatgetreide (Roggen, Weizen, Gerste, Hafer) die unter Innehaltung der über solche Verkäufe erlassenen Bestimmungen (§ 2) abgeschlossen werden;
2. von Hafer, Gerste, sowie Mengkorn und Mischfrucht, worin sich Hafer befindet, an den Kommunalverband, in dem das Getreide gewachsen ist, an die Zentralfelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung oder an Beauftragte (Kommissionäre) des Kommunalverbandes oder der Zentralfelle;
3. von Getreide der übrigen im Abs. 1 genannten Arten an den Kommunalverband, in dem das Getreide gewachsen ist, an die Reichsgetreidekette oder an Beauftragte (Kommissionäre) des Kommunalverbandes oder der Reichsgetreidekette;
4. von Buchweizen, Hirse und Hülsenfrüchten an die Zentralfelleinverkaufsgesellschaft m. b. H. in Berlin;
5. von Getreide an den Kriegsausgleich für pflanzliche und tierische Felle und Fette, G. m. b. H., in Berlin;
6. von Kraftfuttermitteln an die Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte, G. m. b. H., in Berlin.

§ 2. Der Reichskanzler kann Ausführungsbestimmungen über den Verkauf von Saatgetreide (§ 1 Abs. 2 Nr. 1) erlassen; er kann Ausnahmen von den Vorschriften dieser Verordnung zulassen.

§ 3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Außertretens, er kann die Verordnung für einzelne Erzeugnisse außer Kraft legen.

Berlin, den 21. Juni 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Dr. Helfferich.

### Bekanntmachung.

Auf Grund des § 2 der Verordnung vom 14. Dezember 1887 wird für sämtliche offenen Fischwässer des Großherzogtums bestimmt:

Die wöchentliche Schonzeit für alle Fischgattungen, mit Ausnahme von Aachs und Raifisch, wird mit Wirkung vom 1. Juli ds. Jrs. an aufgehoben.

- a) bis zum Ende des Jahres 1916 für die Gewässer mit Frühlingschönzeit (§ 4 der Verordnung vom 14. Dezember 1887),
- b) bis zum 9. Oktober 1916 für den Neidax (Verordnung vom 29. Januar 1890), sowie für die Gewässer mit Winterchönzeit und diejenigen mit doppelter jährlicher Schonzeit (§§ 6 und 7 der Verordnung vom 14. Dezember 1887).

Darmstadt, den 26. Juni 1916.

Großherzogliches Ministerium des Innern.

v. Dombroff.

### XVIII. Armee-Korps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Abt. III b. Tgb. Nr. 11542/3236.

Frankfurt a. M., den 16. Juni 1916.

Betr.: Betreten von Flugplätzen usw. und Verannahmen an Luftfahrzeugen.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1891 in Verbindung mit § 1 des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimme ich für den mir unterstellten Korpsbezirk und im Einvernehmen mit dem Gouverneur — auch für den Befehlssbereich der Festung Mainz:

1. Wer Flugplätze, deren nähere Umgebung, sowie das zum Ausweichen oder Landen von Luftfahrzeugen abgegrenzte Gelände ohne Bedürfnis zu einer Zeit betritt, in der dort Übungen oder Luftfahrten stattfinden, wird, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe bestimmen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.
2. Die gleiche Strafe trifft denjenigen, der sich ohne Bedürfnis einem aufsteigenden, landenden oder niedergehenden Flugzeug außerhalb eines öffentlichen Weges nähert.

Die Annäherung ist keine unbefugte, wenn ein vernünftiger Flieger Hilfe verlangt, oder ein Unfall eingetreten ist, der eine sofortige Hilfe bedingt.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Wall, General der Infanterie.



Frankfurt a. M., den 1. Juni 1916.

Betr.: Verkehr mit Tauben.

Für den mit unterstellten Korpsbezirk und — im Einvernehmen mit dem Gouverneur — auch für den Befehlssbereich der Festung Mainz bestimme ich:

§ 1. Briestauben darf außer der Deeresverwaltung nur halten, wer dem Verbands deutscher Briestauben-Viehhaber-Vereine angehört. Andere Taubenbesitzer haben ihre Briestauben bis zum 1. Juli bei der Polizei anzumelden. Diese Tauben unterliegen der Beschlagnahme. Mit der Beschlagnahme geht das freie Verfügungsrecht über die Tauben auf die Militärverwaltung über.

§ 2. Innerhalb des Gebietes der hessischen Provinzen Rheinhessen und Starkenburg (mit Ausnahme der Kreise Offenbach a. M., Dieburg und Erbach), sowie der preussischen Kreise Rheingaukreis und Kreis St. Goarshausen ist der Handel mit lebenden Tauben jeder Art und der Transport von lebenden Tauben verboten.

Tauben dürfen in diesem Gebiet deshalb nur getötet auf die Straße oder auf den Markt gebracht werden.

Dies gilt nicht für Militärbriestauben und die Briestauben, die der Deeresverwaltung vom Verbands deutscher Briestauben-Viehhaber-Vereine zur Verfügung gestellt sind.

§ 3. Innerhalb des im § 2 angegebenen Gebietes haben sämtliche Taubenbesitzer ihre Tauben (Briestauben und andere Tauben) der Polizei bis zum 1. Juli anzumelden.

§ 4. Zweck Nachprüfung der Taubenschläge werden von Zeit zu Zeit kurzfristige Taubenstoppen für Tauben jeder Art verhängt werden.

Wenn die Umstände es erfordern, kann auch eine dauernde Sperre verhängt werden.

Während der Sperre dürfen keine Tauben außerhalb ihres Schlages sein.

Tauben, die während der Sperre im Freien betroffen werden, unterliegen dem Abschuss durch die Polizei.

§ 5. Den mit der Nachprüfung der Bestände Beauftragten ist jederzeit Zutritt zu den Schlägen zu gewähren und jede verlangte Auskunft zu erteilen.

§ 6. Zugehörige Briestauben sowie aufgefundenen Reste oder Kennzeichen von Briestauben sind sofort der nächsten Polizei- oder Militärbehörde abzuliefern.

§ 7. Wer den vorstehenden Vorschriften zuwiderhandelt, wird gemäß § 9 b des Gesetzes betr. den Belagerungszustand mit Gefängnis bis zu einem Jahr, beim Vorliegen mildernden Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

§ 8. Polizei- und Militärbehörden, denen eine Briestaube eingeliefert wird, haben, sofern nicht jeder Verdacht einer Spionage von vornherein ausgeschlossen ist, sofort die Militärbriestaubenstation bei der königlichen Fortifikation in Mainz zu benachrichtigen und dieser die Taube zu überreichen. Das Gleiche gilt, wenn Reste oder Kennzeichen von Briestauben eingeliefert werden. Lebende Tauben sind lebend zu überreichen.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

### Bekanntmachung.

In der Zeit vom 15. bis 30. Juni wurden in hiesiger Stadt gefunden: 7 Regenschirme, 1 Stock, 1 Federuhr, 18 Taschentücher, 5 einzelne Handschuhe, 1 Widererz, 2 Armbänder, 5 Portemonnaies mit Inhalt, 1 Haarpfiff, 1 Orden, 1 Kinderkleidchen, 1 Unterrockchen, 1 Jäckchen, Strümpfe, 1 Damengürtel, 1 Uhr, 1 Serviette und 1 Kinderwagenbedeckung. Ein Teil der Fundgegenstände stammt aus dem Stadttheater.

Verloren: 1 Fünzigmarkschein, 1 schwarzes Damenportemonnaie mit fünf Markscheinen und Silbergeld, 1 silb. Portemonnaie mit einem Zwanzigmarkschein, 1 gold. Uhr mit Lederarmband gez. E. W., 1 schwarzseidener Damenschirm mit Silbergriff, 1 Trauring gez. A. S. S. G., 1 schwarzes Damenportemonnaie mit 3 Mark, 1 weisses gesticktes Kinderhäubchen, 1 silb. Stöcker mit Anhänger, 1 Schmuckstein, 1 gold. Brosche mit Photographie, 1 Heft „Die Hölle“ und ein Heft „Simplicissimus“, 1 gold. Ring mit Brillant Wert 400 M., 1 braunes Portemonnaie mit 2—3 Mark und Fleisch- und Brotmarken, 1 Schmuckstein, 1 Portemonnaie mit 2 Mark, 1 Portemonnaie mit einem Markschein und Schlüssel und 1 silb. Damenuhr mit Lederarmband.

Die Empfangsberechtigten der gefundenen Gegenstände belieben ihre Ansprüche alsbald bei uns geltend zu machen.

Die Abholung der gefundenen Gegenstände kann an jedem Wochentag von 11—12 Uhr vormittags und 4—5 Uhr nachmittags bei der unterzeichneten Behörde, Zimmer Nr. 1 erfolgen.

Gießen, den 1. Juli 1916.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

Hemmerde.

### Bekanntmachung.

Betr.: Verdacht der Schafräude unter der Schaferheide zu Staufenberg.

In der Gemarkung Staufenberg besteht Räuberverdacht unter der Schaferheide.

Sperre ist angeordnet.

Gießen, den 1. Juli 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B. Hemmerde.

### Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Eberstadt.

In der Zeit vom 12. bis einschließlich 19. Juli l. J. liegt auf Gr. Bürgermeisterei Eberstadt

das Verzeichnis über die Wiesenentschädigungen für das Entjahr 1915 nebst Abschrift des Beschlusses vom 22. März 1916

zur Einsicht der Beteiligten offen.

Einwendungen hiergegen sind bei Abendung des Ausschlusses während der Offenlegungsfrist bei Gr. Bürgermeisterei Eberstadt schriftlich einzureichen.

Friedberg, den 22. Juni 1916.

Der Großh. Feldbereinigungskommissär:

Schnittsahn, Regierungsrat.

### Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Vich.

In der Zeit vom 15. bis einschließlich 28. Juli l. J. liegt auf Gr. Bürgermeisterei Vich zur Einsicht der Beteiligten offen:

1. Beschluß der Vollzugskommission vom 24. Juni l. J. über Erhebung von Zinsen für die Drainagekosten.

2. Ergänzungsbeschluß vom gleichen Tage zu den Nachteilsschädigungen für das Kreisstraßen- und Bahngelände.

Einwendungen hiergegen sind bei Abendung des Ausschlusses während der Offenlegungszeit bei Gr. Bürgermeisterei Vich schriftlich einzureichen.

Friedberg, den 25. Juni 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:

Schnittsahn, Regierungsrat.

### Bekanntmachung.

In der nächsten Woche vom 9.—15. Juli findet eine Abnahme von Kälbern nicht statt.

Gießen, den 3. Juli 1916.

4856

Oberhessischer Viehhandelsverband.

Der Vorsitzende: Kalweit.

### Dienstauftrag des Großh. Kreisamts Gießen.

Großh. Ministerium des Innern hat der Allgemeinen Deutschen Pensionsanstalt für Lehrer und Lehrerinnen in Berlin die Erlaubnis erteilt, je 6000 Lose 2.—5. Reihe einer ihr genehmigten Gelbserie innerhalb des Großherzogtums zu vertreiben. Die Ziehung der Lose 2. Reihe findet am 3. und 4. November dieses Jahres statt. Nach dem von der zuständigen Behörde genehmigten Verlosungsplan dürfen je 200 000 Lose à 3 Mark ausgegeben werden. Zum Vertrieb in Hessen dürfen nur mit dem hessischen Zulassungssiegel versehene Lose gelangen.

Während der Zeit des Betriebes der Lose zur 1. Kl. einer königlich preussischen Lotterie ist Ankündigung, Ausgabe und Vertrieb der Lose in Hessen nicht gestattet.

### Wöchentl. Uebersicht der Todesfälle l. d. Stadt Gießen.

24. Woche. Vom 11. bis 17. Juni 1916.

Einwohnerzahl: angenommen zu 33 100 (inkl. 1800 Mann Militär).

Sterblichkeitsziffer: 26,70 ‰

Nach Abzug von 11 Ortsfremden: 9,43 ‰

Es starben an	Jah.	Erwachsene	im 1. Lebensjahr	Kinder vom 2. bis 16. Jahr
Alterschwäche	1 (1)	1 (1)	—	—
Diphtherie	1 (1)	—	—	1 (1)
Tuberkulose	3 (2)	1	—	2 (2)
Krankheiten des Herzens	3 (1)	3 (1)	—	—
Krankheiten der Verdauungsorgane	2	2	—	—
Krankheiten des Nervensystems	3 (2)	3 (2)	—	—
Blinddarmentzündung	1 (1)	1 (1)	—	—
Krankheiten der Harnorgane	1 (1)	1 (1)	—	—
Krebs	1 (1)	1 (1)	—	—
anderen benannten Krankheiten	1 (1)	1 (1)	—	—
Summa:	17 (11)	14 (8)	—	3 (3)

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viel der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärtig nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

Veröffentlichung des Großh. Kreisgesundheitsamts Gießen.

Dr. Walger, Med.-Nat.